

IGPB-POSITIONSPAPIER: Umgang mit Menschenfeindlichkeit und Rechtsextremismus im Schulunterricht

„Konflikte sind in liberalen Demokratien keine Störungen, sondern Antrieb für gesellschaftliche Veränderung. Politische Bildung hat in diesem Zusammenhang die Aufgabe, der kontroversen Grundstruktur des Politischen gerecht zu werden und kontroverse Positionierungen zu gesellschaftlich brisanten Themen ins Zentrum politischer Lernprozesse zu stellen. Dies stellt ein wesentliches Erfordernis des „Beutelsbacher Konsenses“ sowie des Grundsatzerlasses Politische Bildung dar. Rassistische, antisemitische, antipluralistische und geschichtsrevisionistische Positionen sind vom Kontroversitätsgebot allerdings keinesfalls geschützt. Hier liegt es in der Verantwortung der Lehrperson, Schüler*innen den Unterschied zwischen einer sach- und einer wertorientierten Argumentation näher zu bringen und für demokratische Grundwerte Partei zu ergreifen.¹ Wer Kernbereiche der Demokratie angreift, d.h. Menschenrechte als politisch verhandelbar darstellt, Meinungsfreiheit, das Recht auf parlamentarische Opposition, Gewaltenteilung oder den Schutz von Minderheiten in Frage stellt, widerspricht dem didaktischen Prinzip der Kontroversität. Entgegen diesen klar definierten fachlichen Zielsetzungen von schulischer Politischer Bildung hält sich in Teilen der Gesellschaft nach wie vor die Auffassung, dass Unterricht in Politischer Bildung stets „neutral“ oder „objektiv“ sein sollte.² Auch ein Teil der Lehrer*innenschaft dürfte dieser Auffassung sein und ist unsicher, wie „politisch“ und „parteiisch“ der Unterricht in Politischer Bildung sein darf. Die vorherrschende Verunsicherung wurde durch eine von der FPÖ eingerichtete Online-Meldestelle im Jahr 2017 verstärkt, bei der dazu aufgerufen wurde, Lehrer*innen zu melden, wenn sie sich negativ über die FPÖ äußern. Die IGPB lehnt derartige Einschüchterungsversuche entschieden ab.³

¹ Mittnik, Philipp; Lauss, Georg; Schmid-Heher, Stefan: Was darf Politische Bildung. Eine Handreichung für LehrerInnen für den Unterricht in Politischer Bildung, Wien 2018, kostenfrei abrufbar unter:

https://zpb.phwien.ac.at/wp-content/uploads/Was_darf_politische_Bildung_A4.pdf (03.03.2020); oder: Wisinger, Marion: Heiße Themen – cool verpackt! Über den Umgang mit Politik im Unterricht, Wien: Edition polis, 2020, kostenfrei abrufbar unter: https://www.politik-lernen.at/dl/KpusMJJKomlNoJqx4kJK/wisinger_-_hei_e_themen_cool_verpackt.web.pdf (03.03.2020).

² Vgl. Larcher, Elke/Zandonella, Martina (2015): Politische Bildnerinnen 2014. Politische Bildung in Volksschulen und Schulen der Sekundarstufe 1 in Wien; Oberle, Monika/Ivens, Sven/Leunig, Johanna (2018): Grenzenlose Toleranz? Lehrervorstellungen zum Beutelsbacher Konsens und dem Umgang mit Extremismus im Unterricht. In: Manzel, Sabine/Möllers, Laura (Hrsg.): Populismus und Politische Bildung (Schriftenreihe der GPJE). Frankfurt am Main, S. 53–61.

³ Verschiedene Fachgesellschaften im Bereich der Politischen Bildung haben ein vergleichbares Grundlagenpapier für Deutschland veröffentlicht. Dort wehrt man sich gegen Einschüchterungsversuche und

Der Grundsatzterlass Politische Bildung legt für die österreichische Schule fest, dass Politische Bildung auf demokratischen Prinzipien basiert „und auf Grundwerten wie Frieden, Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität; die Überwindung von Vorurteilen, Stereotypen, Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus sowie von Sexismus und Homophobie ist in diesem Zusammenhang besonders anzustreben“.⁴ Aussagen von Parteien und anderen politischen Akteur*innen, die diesen Grundlagen widersprechen, müssen daher im Unterricht problematisiert werden. Die kritische-reflexive Auseinandersetzung mit politischen Positionen ist einer der zentralen Inhalte der Politischen Bildung. Das den Lehrplänen und dem Grundsatzterlass zugrunde liegende österreichische Kompetenzmodell für Politische Bildung sieht in diesem Zusammenhang explizit vor, „vorliegende politische Urteile auf ihre Kompatibilität mit den Grund- und Freiheitsrechten (insbesondere mit den Menschenrechten) hin zu überprüfen“.⁵ Zudem gilt es die Interessen- und Standortgebundenheit politischer Akteur*innen zu erkennen und zu reflektieren.

In jüngerer Vergangenheit wurden von maßgeblichen politischen Akteur*innen immer wieder öffentliche Aussagen getätigt, die eindeutig als menschenfeindlich oder rechtsextrem einzuordnen sind und auf eine Verschiebung der Grenzen des öffentlich Sagbaren abzielen. So wurde z.B. eine „Sonderbehandlung“ für „integrationsunwillige Asylwerber“⁶ eingefordert. „Sonderbehandlung“ war in der NS-Sprache ein Synonym für die Ermordung von Menschen, daher ist diese Aussage als geschichtsrevisionistisch einzuschätzen. Andere befürchten einen „Bevölkerungsaustausch“, denn „man will ja nicht die Minderheit im eigenen Land werden“⁷. Der Begriff „Bevölkerungsaustausch“ geht auf Renaud Camus, einem ideologischen Vordenker des Front National, zurück und wurde von der rechtsextremen *Neuen Rechten (Nouvelle Droite)* stark rezipiert. Er stellt die ideologische Grundlage für die völkisch orientierte ideologische Ausrichtung der *Identitären* dar und wurde zur Legitimation von rechtsextremen politischen Gewalttaten wie jener in Christchurch herangezogen. Auch die „Befürchtung“ vor einem „massenweisen Import von Stammeskulturen und Clandenken“, der „ein sicherer Weg

fordert Lehrer*innen dazu auf, Stellung gegen rassistische und demokratiefeindliche Parolen zu beziehen. Link: http://gpje.de/wp-content/uploads/2018/10/Stellungnahme_Meldeplattform_GPJE_DVPB_DVPW-Sektion_101813595.pdf

⁴ BMBWF (2015): Unterrichtsprinzip Politische Bildung, Grundsatzterlass 2015.

⁵ Krammer, Reinhard; Kühberger, Christoph; Windischbauer, Elfriede (2008): Die durch politische Bildung zu erwerbenden Kompetenzen. Ein Kompetenz-Strukturmodell. Wien, S. 6.

⁶ APA: Gottfried Waldhäusl „Sonderbehandlung“ für Integrationsunwillige, in: Kleine Zeitung 12.12.2018, online abrufbar unter: <https://www.kleinezeitung.at/politik/innenpolitik/5545549/Gottfried-Waldhaeusl-Sonderbehandlung-fuer-Integrationsunwillige> (10.02.2020).

⁷ Mittnik, Philipp: Zum rassistischen Mythos des Begriffs „Bevölkerungsaustausch“, abrufbar unter: <http://politechnik.de/p10623/> (03.03.2020).

für eine Veränderung zum Schlechteren“ in Europa ist, da die „afrikanische und moslemische Kultur“ nicht „kompatibel mit unserer“ ist,⁸ ist als offen rassistisch zurückzuweisen.

Äußerungen dieser Art entgegenzutreten, bedeutet keinesfalls eine Einschränkung der Meinungsfreiheit. Ziel des Unterrichts in Politischer Bildung ist die Erweiterung der Urteilsfähigkeit von Lernenden.⁹ Bei einer begründeten politischen Positionierung der Lehrperson handelt es sich nicht um eine unerlaubte Überwältigung der Schüler*innen, sondern um ein gerechtfertigtes Sachurteil. Im Sinne des Schulorganisationsgesetzes §2 und des Grundsatzes Politische Bildung 2015 ist es eine wesentliche Aufgabe von Lehrer*innen, Schüler*innen dazu zu befähigen, Vorurteile und demokratiegefährdende Aussagen als solche zu erkennen und begründet zurückzuweisen.

Der seit Jahren stark ansteigende Rechtsextremismus und Antisemitismus stellt eine große Gefahr für die österreichische Demokratie dar. Menschen könnten Ausgrenzung, Rassismus und Hass als alltägliche Phänomene beginnen zu akzeptieren, ohne sich dagegen aufzulehnen. Politische Bildung hat in einem demokratisch verfassten Gemeinwesen die Aufgabe, diesen Entwicklungen entgegenzutreten und Schüler*innen die Funktionen und Mechanismen rassistischer Abwertung näherzubringen und sie mit den Fähigkeiten, Fertigkeiten und Bereitschaften auszustatten, den demokratischen Grundwerten entgegenstehende Positionen als solche zu erkennen und diesen als mündige Demokrat*innen entgegenzutreten.

Die IGPB setzt sich als parteiunabhängige Fachgesellschaft für Politische Bildung in Österreich dafür ein, dass im Unterricht demokratische Prinzipien wertgeschätzt und die unterschiedlichen Formen von Menschenfeindlichkeit thematisiert und kritisiert werden. Lehrpersonen sollen zudem angst- und weisungsfrei Politische Bildung unterrichten können, damit die Politische Bildung auch in Zukunft einen Beitrag zur Sicherung und Weiterentwicklung der demokratischen Ordnung in Österreich leisten kann.

⁸ APA: Rassismus-Vorwurf: Salzburger EU-Abgeordnete Claudia Schmidt zum Rücktritt aufgefordert, in Salzburger Nachrichten 18.08.2018, online abrufbar unter: <https://www.sn.at/politik/innenpolitik/rassismus-vorwurf-salzburger-eu-abgeordnete-claudia-schmidt-zum-ruecktritt-aufgefordert-38901034> (10.02.2020).

⁹ Mitnik, et al. (2018), S. 24.